

08.06.2009

## Grüne Ideen für starke Regionen

### "Breitband für alle!" Veranstaltungsberichte aus Wandlitz und Feldberg

"Wenn ich eine Musikdatei versende, mache ich mir beim Sendevorgang das Mittagessen." Ein Besucher der Infoveranstaltung in Feldberg brachte das Problem auf den Punkt: Kein Breitbandanschluss - Keine zeitgemäße Nutzung des Internets. Und eben das verhindert, dass auf dem Lande Menschen leben können, deren Arbeitswelt das Internet ist. In Wandlitz wiesen zwei Bauunternehmer darauf hin, dass es zunehmend schwerer wird, auch die Arbeitskräfte in dieser Branche zu beschäftigen. Wenn sie von Architekten erstellte Pläne bearbeiten wollen, brauchen sie eine schnelle Internetverbindung. "Kein Architekt geht heute mehr zur Post und versendet Planungsunterlagen per Brief. Wenn ich denen sage, dass ich kein richtiges Internet habe dann suchen sie sich eine Firma, die da besser dran ist als wir. So gehen uns Aufträge und schließlich auch Arbeitsplätze verloren." so der Firmeninhaber.

Warum ist es so schwierig die Landbevölkerung mit Breitband zu versorgen? Klar wurde, dass die DSL-Versorgung an zwei Hürden scheitert: erstens ist ein Telekommunikationsanbieter bereit, weiter in die technischen Voraussetzungen in dem dünn besiedelten Gebiet zu investieren. Und zweitens können Fördermittel von Bund, Land und EU nicht abgerufen werden, weil die Einwohner nur zögerlich auf die erforderlichen Bedarfsumfragen reagieren. Grund dafür ist wiederum, dass es in den Gemeinden zu selten zur richtigen Umfragen kommt, bei denen der Bedarf festgestellt werden kann.

Cornelia Behm stellte klar: wo unkomplizierte und preiswerte Breitbandtechnologien nicht angeboten werden, weil für die Unternehmen keine kurzfristigen Gewinne winken, dort ist Marktversagen festzustellen, bei dem der Staat einspringen muss. Das ist international - etwa in den skandinavischen Ländern oder der Schweiz - selbstverständlich. Zugleich brauchen die Kommunen Unterstützung, um den Bedarf vor Ort deutlich zu machen. So könnten Schüler oder Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr von Haus zu Haus ziehen, und den Bedarf feststellen - gerade in den kleinen Gemeindeverwaltungen."

Die Breitbandversorgung muss wie auch das Telefon zum Universaldienst erklärt werden, wenn in den kommenden zwei Jahren eine flächendeckende Versorgung beim Breitband nicht erreicht wird. Dadurch wären die Telekommunikationsanbieter verpflichtet, auch weniger lukrative Standorte zu verkabeln. "Nur so kommen wir weg vom elektronischen Trampelpfad hin zur elektronischen Datenautobahn."